



vorwärts

Tirol

Wir gestalten die Zukunft unseres Landes

Wir, das **vorwärts Tirol Team**, arbeiten gemeinsam an einem neuen Tirol. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Beruf, Religion und herkömmlichen parteipolitischen Ideologien wollen wir unser Land endlich so gestalten, dass sich alle Tirolerinnen und Tiroler hier beheimatet fühlen und ein stolzes Verantwortungsbewusstsein für dieses Land entwickeln können – Junge und Alte, Traditionsbewusste und Querdenker, Alteingesessene und Neuzugezogene.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass eine neue Art von Politik möglich ist, und dass Tirol endlich einen grundlegend anderen politischen Stil, als er seit Langem üblich ist, braucht und verdient. Wir geben uns nicht mehr damit zufrieden, dass politische Entscheidungen für das Land in den Hinterzimmern einer verschwiegene Macht ausgehandelt werden. Wir finden uns nicht mehr damit ab, dass parteitaktische Zwänge das Kalkül des politischen Handelns sind. Wir lassen uns nicht von einer Mutterpartei in Wien gängeln und fernsteuern. Wir verwahren uns dagegen, Wertschätzung vom Besitz eines Parteibuches abhängig zu machen und die Interessen bestimmter Gruppen und Klientele über das Gemeinwohl zu stellen. Und wir lehnen es entschieden ab, konstruktive Ideen und Pläne politischer Mitbewerber reflexartig niederzumachen, statt sie als Denkanstoß oder Grundlage einer gemeinsamen Arbeit zum Besten des Landes und seiner Menschen anzuerkennen.

Die oberste Maxime unseres politischen Planens und Handelns ist Fairness. Wir fühlen uns dazu verpflichtet, die Demokratie in Tirol mit neuem Leben zu erfüllen. Dies soll innerhalb unserer Bewegung, im Umgang mit politischen Mitbewerbern, und vor allem auch mit Blick auf die geistigen, wirtschaftlichen und ökologischen Ressourcen unseres Landes erfolgen.

Wir, die Mitglieder von vorwärts Tirol, arbeiten gemeinsam an einem neuen Tirol. Alle Tirolerinnen und Tiroler, die diesen Weg mit uns gehen wollen, laden wir herzlich dazu ein.

Team vorwärts Tirol

endlich fairbinden

Endlich BürgerInnen mitbestimmen lassen!

*Politik muss einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterliegen. Wir wünschen uns eine aktive Demokratie und eine politische Landschaft, in die sich viele Menschen einbringen und in der viele Menschen mitbestimmen können. Dazu brauchen wir mehr direkte Mitbestimmungsrechte, innovative Politiker, umfassende Informationen, transparente Organisationen und effiziente Gremien. Die besten Lösungsansätze bleiben oft in den Köpfen, da sie nicht gehört werden. Bürgerbeteiligung darf nicht länger nur ein Lippenbekenntnis sein, welches sich alle auf die Fahne heften. Die Stimme der Bürgerinnen und Bürger muss an Bedeutung gewinnen, eine Wahlmöglichkeit alle 5 Jahre ist zu wenig. Mitbestimmung muss breit angelegt und auch zwischen den Wahljahren einfach möglich sein. Mitbestimmung soll sowohl aktiv auf Eigeninitiative, als auch über Aufforderung ermöglicht werden.
Information ↔ Kommunikation ↔ Kooperation
Deshalb fordern wir:*

DIREKTWAHL DES LANDESHAUPTMANNES UND DIREKTWAHL VON 50% DER ABGEORDNETEN DES LANDTAGS – PERSÖNLICHKEITSWAHL

Die Direktwahl ist eine Aufwertung der Funktionen durch unmittelbare Legitimation und eine Stärkung der Entscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Durch die Direktwahl entsteht eine stärkere Verbundenheit und Bürgernähe. Das Modell der Direktwahl hat sich bei Bürgermeistern bewährt. Dieses Erfolgskonzept soll auf den Landeshauptmann ausgeweitet werden. Wir fordern daher die Einführung der Direktwahl des Landeshauptmannes und von 50% der Landtagsabgeordneten (Persönlichkeitswahl).

REGIONALE VOLKSBEFRAGUNGEN AUF WUNSCH VON 15% DER BEVÖLKERUNG ZWINGEND DURCHFÜHREN

Demokratie heißt Bürger beteiligen! Wir fordern eine verpflichtende Volksbefragung, wenn dies 15% der wahlberechtigten Bevölkerung verlangen.

PRÜFAUFTRAG SEITENS DER BÜRGER AN DEN LANDESRECHNUNGSHOF SOLL AUCH ERMÖGLICHT WERDEN, WENN 10% DER WAHLBERECHTIGTEN LANDESWEIT ODER 15% IN EINEM BEZIRK DIES VERLANGEN

Die Möglichkeit der Kontrolle, Bewertung und Aufklärung schafft Vertrauen. Wir fordern, dass auch die Bürgerinnen und Bürger das Recht bekommen, selbst zu bestimmen, was kontrolliert gehört.

EINFÜHRUNG VON BÜRGERRÄTEN NACH VORARLBERGER VORBILD

Ein Bürgerrat besteht aus einer kleinen Gruppe von 12-15 Personen, die per Zufallsauswahl rekrutiert werden. Die Aufgabe der Bürgerräte besteht darin, gemeinsame Lösungs- und Verbesserungsvorschläge zu einem Thema zu erarbeiten. Das Vorarlberger Modell der Bürgerräte hat sich bewährt und wird aufgrund der positiven Erfahrungen sogar in die Vorarlberger Landesverfassung aufgenommen. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden, gute Ideen müssen zugelassen werden. Wir fordern die Einführung des Modells der Vorarlberger Bürgerräte auch in Tirol. Im Übrigen sollte die Politik neuen Instrumenten der Bürgernähe und Bürgerbeteiligung stets offen gegenüberstehen.

BÜRGERINFORMATION UND BÜRGERBEGUTACHTUNG – BÜRGERRECHT

Gesetzesvorhaben gehören kommuniziert, diskutiert und publiziert. Parlamentarische Arbeit soll transparent werden. Wir fordern, Gesetzesentwürfe vorab medienunterstützt zur Diskussion zu stellen. Die Bürger sollen auch das Recht haben, zu einem Vorhaben Stellung zu beziehen (Bürgerrecht).

FUNKTIONSDAUER: DREI AMTSPERIODEN SIND GENUG! WIR SIND GEGEN SESSELKLEBER

Demokratie und Politik müssen lebendig sein und sich permanent fairändern. Die eigene Innovationskraft nach drei Perioden in einer Funktion ist endend wollend und auch im eigenen Interesse sollte ein Perspektivenwechsel erfolgen. Daher fordern wir die angeführte Beschränkung der Funktionsperioden der Mitglieder der Landesregierung und der Abgeordneten.

ABSCHAFFUNG BUNDES RAT

In der aktuellen Form ist der Bundesrat zahnlos, ein bloßer Ministrant des Nationalrats und nicht geeignet, die Interessen der Länder zu vertreten. Verwendung findet er derzeit maßgeblich als Versorgungsposten für Parteimitglieder. Die Abschaffung des Bundesrates und die Übertragung seiner Aufgaben an die Landeshauptleute-Konferenz würden enorme Mittel einsparen und die Länder stärken. Auch wenn wir das als Land Tirol nicht alleine entscheiden können, werden wir in der Landesregierung für eine Änderung des derzeitigen Systems eintreten.

PARTEIENFÖRDERUNG STUFENWEISE BIS 2018 AUF DIE HÄLFTE REDUZIEREN

Österreich ist Europameister(!), aber nur bei der Höhe der Parteienförderung. Dieses Geld wird für aufgeblähte Parteiapparate, veraltete Strukturen und unglaubliche Medien- und Plakatkampagnen ausgegeben, obwohl es in vielen anderen Bereichen sinnvoller verwendet werden könnte. Wir fordern deshalb die stufenweise Reduzierung der Parteienförderung bis 2018 um 50%. Wichtig ist, sicherzustellen, dass auch kleine Parteien an der Förderung demokratisch beteiligt werden. Es geht um Chancengleichheit.

BESCHRÄNKUNG DER WAHLKAMPFKOSTEN

Wahlkämpfe arten zunehmend zu einer sinnlosen Materialschlacht aus. Millionen Euro werden auf Kosten der Steuerzahler in Werbegeschenke, Plakate und Inserate gesteckt. Viele Parteien umgehen die gesetzlichen Regelungen, indem sie unfairerweise frühzeitig, d.h. schon vor dem Stichtag zur Wahl, mit dem Wahlkampf beginnen. Damit muss Schluss sein. Wir fordern eine verbindliche, transparente und überprüfbare Wahlkampfkostenbeschränkung!

KONSEQUENZEN BEI PFLICHTVERLETZUNGEN DURCH POLITIKER

In der Privatwirtschaft ist jeder Unternehmer und jeder Angestellte für sein Handeln verantwortlich. In der Politik greift dieser Grundsatz nur selten: „Die Verantwortung übernehmen“ bedeutet in der Regel bestenfalls den Rücktritt aus der Funktion. Wir fordern echte Konsequenzen bei gravierenden Pflichtverletzungen.

endlich fairändern

Endlich Amigo-Wirtschaft abschaffen!

Endlich wieder Fairtrauen – Wir wollen das Vertrauen in die Politik durch Offenheit, Transparenz und ständige Kontrollmöglichkeit durch die Tirole-rinnen und Tiroler zurückgewinnen. Entscheidungen dürfen nicht mehr im stillen Kämmerlein gefällt werden, sondern müssen klar und einfach für alle Bürger nachvollziehbar sein. Wir streben ein Transparenzmodell für Tirol an. Transparenzgesetze verkörpern ein umfassendes Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Information und auf Einsicht in die Akten der Verwaltung. Kontrolle und Einflussnahme durch die Bürgerinnen und Bürger bedeutet kontinuierliche Verbesserung. Deshalb fordern wir:

VERGABE VON ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN TRANSPARENT UND NACHVOLLZIEHBAR MACHEN

Neben den Förderungen und Zuweisungen müssen auch öffentliche Aufträge des Landes und landesnaher Unternehmen nach objektiven, veröffentlichten, nachvollziehbaren und eindeutig durchführbaren Kriterien vergeben und veröffentlicht werden. Wir fordern ein Ende der Amigo-Wirtschaft!

DIE POLITIK SOLL SICH AUS AUFSICHTSRÄTEN VON LANDESNAHEN UNTERNEHMEN (TIWAG, HYPO, ETC.) ZURÜCKZIEHEN

Wir fordern Profis statt Funktionäre! Ebenso soll der ORF endlich entpolitisiert werden.

VERPFLICHTENDER „FÜHRERSCHEIN“ FÜR AUFSICHTSRÄTE BEI NEUBESTELLUNGEN

Die grundsätzlich wichtige Aufsichtsratsfunktion darf nicht zum Versorgungsposten degradiert werden. Deshalb fordern wir einen verpflichtenden Kompetenzführerschein für Aufsichtsräte in landeseigenen bzw. landesnahen Unternehmen, welcher bei unabhängigen Wirtschaftsprüfern absolviert werden muss. Nur wer die „Führerscheinprüfung“ besteht, darf die Funktion eines Aufsichtsrats übernehmen.

JOBVERGABEN NACH LEISTUNG UND NICHT NACH PARTEIBUCH

Es benötigt eine verpflichtende kommissionelle und anhand von vorab definierten Kriterien vorzunehmende Postenvergabe und objektive Personalpolitik in Landes- und Schulverwaltung.

OFFENLEGUNG POLITIKERGEHÄLTER INKL. NEBENEINKOMMEN

Wir glauben, dass Vertrauen nur durch Offenheit und Transparenz wieder hergestellt werden kann. Wer viel leistet, darf auch ein entsprechendes Einkommen haben, aber wir fordern die klare und ehrliche Offenlegung der Politikergehälter.

VORSTÄNDE UND MANAGER-HÖCHSTGEHÄLTER BEI BETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN

Bei den Beteiligungsgesellschaften des Landes müssen für Vorstände und Manager rechtlich fixierte Höchstgehälter festgelegt werden. Bonuszahlungen sollen maximal in der Höhe eines Jahresgehalts zulässig sein.

EIGENTUMSVERHÄLTNISSE DES LANDES VERÖFFENTLICHEN

Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was ihnen gehört. Beteiligungen, Besitztümer und Eigentumsverhältnisse des Landes, deren Entwicklung und Prognosen, sollen in einem eigenen Bericht jährlich verständlich und vollständig veröffentlicht werden.

endlich fairtrauen

Endlich Steuergelder transparent verwenden!

Wir lehnen eine nicht nachvollziehbare Vergabe von Fördermitteln und Subventionen ab. Die Bürger haben ein Recht darauf in die Verwendung der Steuergelder Einsicht zu nehmen. Dies muss vor allem verständlich und einfach möglich sein. Nur so geht es vorwärts mit Tirol!

Deshalb fordern wir:

KEINE POLITIKER-DENKMÄLER AUF KOSTEN DER STEUERZAHLER ERRICHTEN

Steuergelder müssen verantwortungsvoll verwendet werden. Es kann nicht sein, dass sich einzelne Politiker Denkmäler auf Kosten der Steuerzahler errichten wollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Finanzmittel dort fließen, wo sie die Menschen auch wirklich benötigen.

FINANZSITUATION DES LANDES OFFEN UND EHRlich DARSTELLEN

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, einen ehrlichen Einblick in die Landesfinanzen zu erhalten. Wir stehen für einen transparenten und offenen Umgang mit der Finanzsituation des Landes.

VERSTÄNDLICHE UND NACHVOLLZIEHBARE VERÖFFENTLICHUNG DER FÖRDERUNGEN & ZUWEISUNGEN DES LANDES

Schluss mit der Amigowirtschaft und Verfilzung! Das Parteibuch oder die Hörigkeit anderen gegenüber dürfen endlich keine Rolle mehr bei der Vergabe von Förderungen und Zuweisungen des Landes spielen. Wir fordern objektive, veröffentlichte, nachvollziehbare und eindeutig durchführbare Kriterien für alle Geldflüsse und Geldzuweisungen des Landes und deren Veröffentlichung im Internet.

HINTERFRAGEN UND BEWERTEN DER EFFIZIENZ VON ÖFFENTLICHEN GELDERN

Die Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur ein Recht zu erfahren wofür, sondern auch wie effizient ihr Geld unter Berücksichtigung des jeweiligen Förderungsumfelds eingesetzt wurde. Wir fordern die Einführung eines Controllings in diesem Bereich und die Veröffentlichung der Ergebnisse der Prüfung.

LEISTUNGSCONTROLLING BEI WERBEMASSNAHMEN LANDESNÄHER UNTERNEHMEN

Auch mit Geldern in landesnahen Unternehmen muss sorgfältig umgegangen werden. Daher fordern wir, dass Werbemaßnahmen in Unternehmen mit Landesbeteiligung, wie in der Privatwirtschaft einem Controlling unterzogen werden.

PRESSEFÖRDERUNG ERHÖHEN – (INDIREKTE) PARTEIFINANZIERUNG DER PRESSE ABSCHAFFEN

Wir treten für eine Erhöhung der Presseförderung ein, damit die Medien unabhängiger von Inseraten der Parteien und parteinahen Organisationen arbeiten können.

endlich faireinfachen

Endlich unnötige Bürokratie abschaffen!

Vieles ist in den letzten Jahren zu kompliziert geworden. Wir treten dafür ein, dass Gesetze und Verordnungen einfach und verständlich formuliert werden und Gesetze auf deren Notwendigkeit geprüft werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen eine serviceorientierte Verwaltung ohne aufwändige Bürokratie vorfinden.

Deshalb fordern wir:

GESETZE AUF NOTWENDIGKEIT UND LESBARKEIT PRÜFEN

Alle Landesgesetze und sonstigen Vorschriften sollen daran gemessen werden, ob sie für alle Bürger lesbar und verständlich sind. Weiters soll geprüft werden, ob und welche Vorschriften und Gesetze nicht mehr notwendig sind. Unser Ziel ist eine 10%ige Reduktion dieser Flut in der kommenden Legislaturperiode.

HAUSVERSTAND STATT GUTACHTERVIELFALT

Die Anzahl der bei Verwaltungsverfahren anwesenden Gutachter ist in den letzten Jahren stark angestiegen. So gibt es Verfahren, wo bis zu 21(!) Gutachter bzw. Sachverständige teilnehmen. Wir fordern Schluss mit dieser Gutachtervielfalt und wieder vermehrten Einsatz des Hausverständes bei der Abwicklung von Verfahren.

BÜRGERRECHT AUF RASCHE VERFAHRENSABWICKLUNG

Rechtlich hat zwar jeder Bürger einen Anspruch auf eine schnelle Entscheidung – in der Praxis funktioniert das aber oft nicht und Verfahren dauern monate- bis jahrelang. Wir fordern die Verankerung eines Bürgerrechts auf rasche Verfahrensabwicklung, Statistiken über die Verfahrensdauer und Maßnahmen bei Verfahren, die zu lange dauern.

NEW PUBLIC MANAGEMENT IN DER VERWALTUNG

Durch die Einführung privatwirtschaftlicher Managementtechniken sollen die Bürger eine serviceorientierte, schlanke und effiziente Verwaltung vorfinden.

BEST PRACTICE

Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden. Länder und Gemeinden sollen in einen offenen Austausch treten und von guten Ideen gegenseitig profitieren können.

E-GOVERNMENT + E-PARTICIPATION

Wir treten für einen massiven Ausbau von elektronischen Behördenwegen und elektronischer Bürgerbeteiligung ein.

BÜRGERSERVICE

Sämtliche Verwaltungseinheiten des Landes sollen sich an einem höchstmöglichen Service für Bürger orientieren und sich von diesen auch regelmäßig bewerten lassen.

endlich fairstärken

Endlich heimische Wirtschaft fördern und stärken!

Die Wirtschaft ist der Motor der Zukunft für unsere Gesellschaft. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass sich die Unternehmen bestmöglich entwickeln können und die Bürgerinnen und Bürger gute Arbeitsplätze vorfinden. Dem Tourismus muss als wichtigem Wirtschaftszweig ein höherer Stellenwert gegeben werden.

Deshalb fordern wir:

REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN

Das Stärken der regionalen Wirtschaft darf kein Schlagwort bleiben. Wir fordern einen verstärkten Handschlag zwischen Tourismus, Handwerk und Landwirtschaft in allen Regionen Tirols. Insbesondere öffentliche Auftragsvergaben sollen die heimische Wirtschaft und den regionalen Auftragnehmer im Fokus und im Zentrum haben.

WISSENSCHAFTSSTANDORT TIROL STÄRKEN

Wir sind kein Billiglohnland und können uns auch nicht mit einem solchen messen. Aus diesem Grund müssen wir vor allem auch auf Innovationen setzen und der Forschung und der Wissenschaft bestmögliche Rahmenbedingungen einräumen.

TOURISMUSGESETZ

Tirol braucht ein neues Tourismusgesetz, welches auf die Herausforderungen der Zukunft eingeht und dem heimischen Tourismus neue Perspektiven eröffnet.

ZUSAMMENFÜHRUNG VON KOMPETENZEN

Seit vielen Jahren ist das Ressort Tourismus ein Anhängsel beim Landeshauptmann. Die Ressorts Wirtschaft und Arbeit, die inhaltlich untrennbar miteinander verbunden sind, werden getrennt bearbeitet. Wir fordern die Zusammenführung der Regierungsressorts Arbeit, Wirtschaft und Tourismus, um endlich wichtige Impulse für den Arbeits- und Wirtschaftsmarkt aufeinander abstimmen zu können.

BETRIEBSÜBERGABEN ERLEICHTERN, WETTBEWERBSHÜRDEN ABBAUEN

In den letzten Monaten haben zahlreiche Grunderwerbe von und Betriebsübergaben an ausländische Käufer für mediale Diskussion gesorgt. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung sind Schwierigkeiten bei der Betriebsübergabe, bürokratische und wettbewerbsmäßige Hürden, die Übergebern bei Übergabe an ihre Nachfolger bzw. an ihre Kinder in den Weg gelegt werden. Wir fordern die Erleichterung von Betriebsübergaben und den Abbau von Wettbewerbshürden, damit Tiroler Betriebe auch weiterhin in Tiroler Hand bleiben.

ENTPOLITISIERUNG DER TIROL WERBUNG

Die Tirol Werbung leistet gute Arbeit! Wir sind jedoch der Meinung, dass sie dies künftig selbständig und ohne Verpflichtungen gegenüber der Politik machen soll, um glaubwürdig und ohne Furcht die Bedürfnisse der Marke Tirol nicht nur gegenüber der Politik, sondern auch „nach außen“ vertreten zu können.

SCHULDEN ABBAUEN

Jeden Euro, den wir heute unbedacht und ungedeckt ausgeben, laden wir in einem Rucksack der nächsten Generation auf. Neuverschuldung muss unterbunden werden, um den kommenden Generationen finanziellen Spielraum für individuelle Problemlösungen zu lassen.

GRÜNDUNGEN FAIREINFACHEN

Einrichten von One-Stop-Shops für alle Fragen, Förderungen, Formalitäten für Unternehmensgründer. Dieses soll nicht nur eine beratende, sondern auch ausführende Stelle sein.

endlich fairsorgen

Endlich die Menschen im Mittelpunkt!

Die Politik muss sich an den wirklichen Bedürfnissen der Bürger orientieren und diese in den Mittelpunkt stellen. Sowohl im Rettungs- als auch im Gesundheitswesen sind viele wichtige Fragen in der letzten Regierungsperiode offen bzw. ungeklärt geblieben.

Deshalb fordern wir:

PFLEGE UND BETREUUNG ZU HAUSE FÖRDERN, PFLEGENDE ANGEHÖRIGE MASSIV UNTERSTÜTZEN

Wir wollen die Pflege und Betreuung in den eigenen vier Wänden ausbauen, um den gewohnten Lebensraum so lange wie möglich für die Pflegebedürftigen zu erhalten und gleichzeitig die stationären Einrichtungen zu entlasten. Die pflegenden Angehörigen müssen besser unterstützt werden.

INDEXIERUNG DES PFLEGESELDES STATT ERHÖHUNG DER PARTEIENFÖRDERUNG

Während die Parteienförderung jährlich indexiert wird, fehlt diese regelmäßige Anpassung beim Pflegegeld gänzlich. Das ist nicht fair und muss geändert werden.

ÖFFENTLICHER FONDS FÜR PFLEGEHEIME

Finanzierung von Bau und Betrieb der Pflegeheime stellen die öffentliche Hand, v.a. die Gemeinden vor große finanzielle Herausforderungen. Es soll geprüft werden, ob die Kosten der Pflegeheime nicht durch Auflage öffentlicher Fonds gedeckt werden können und Investoren im Gegenzug bei Bedarf einen Fixplatz im betreffenden Pflegeheim bekommen können.

„WER RETTET DIE RETTER?“ – DAUERHAFTES INITIATIVE ZUR ERHALTUNG FAIRER ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR RETTUNGSEINSATZKRÄFTE

Das Rettungs- und Feuerwehrwesen wäre in Tirol ohne den unermüdlichen Einsatz der Freiwilligen nicht zu bewerkstelligen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Freiwilligen die entsprechende Anerkennung, aber vor allem auch Unterstützung der öffentlichen Hand erhalten, damit auch in Zukunft das Sicherheitswesen auf sicheren Beinen stehen kann.

TRANSPARENTE VORGEHENSWEISE BEI DER LANDESLEITSTELLE TIROL

Die Landesleitstelle Tirol sorgt immer wieder für mediales Aufsehen. Um eine transparente Vorgehensweise zu ermöglichen, soll der Aufsichtsrat der Landesleitstelle mit weniger Landesbediensteten besetzt werden, dafür sollen Vertreter des Roten Kreuzes und der Berufsfeuerwehr Innsbruck adäquat vertreten sein.

FREIWILLIGENTÄTIGKEIT IM RETTUNGSWESEN

Die Freiwilligkeit darf nicht nur als Kostendämpfungsfaktor gesehen werden, sondern muss sich im Rettungsgesetz positiv abbilden!

endlich fairbessern

Endlich für die wirklichen Lebensbedürfnisse arbeiten!

In Tirol kann man Vieles fairbessern. Vor allem das Wohnen ist heutzutage kaum mehr leistbar und Gegenmaßnahmen müssen in den Mittelpunkt des Handelns gestellt werden. Auch in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen gibt es noch viel Potenzial zur Fairbesserung. Dies gilt genauso für den Kulturbereich.

Deshalb fordern wir:

GÜNSTIGE BAUFLÄCHEN ANBIETEN

Wohnen ist in Tirol kaum mehr leistbar. Wir fordern die verstärkte Umwidmung von minderwertigen landwirtschaftlichen Flächen, v.a. aber von Wald, um diese Flächen über die Gemeinden günstig an Tiroler Familien und Wohnungssuchende abgeben zu können.

ZWECKGEBUNDENE WOHNBAUFÖRDERUNG

Die Wohnbauförderung muss wieder zweckgebunden für den Wohnungsbau verwendet werden. Ein Teil soll speziell für den Ausbau von altersgerechten Wohnungen und Pflegeeinrichtungen reserviert sein.

FLÄCHENDECKENDER AUSBAU BEDARFSGERECHTER, GANZJÄHRIGER GANZTAGSKINDERGÄRTEN UND GANZTAGESCHULEN

In vielen europäischen Ländern gibt es eine optimale Abstimmung von Beruf und Familie. Unabdingbar notwendig ist dabei, dass es ausreichend Ganztagskindergärten und Ganztagschulen gibt. In Tirol ist in diesem Bereich noch viel Arbeit zu leisten – diese muss in Abstimmung mit den Gemeinden umgehend gemacht werden.

NÄHE UND AUSTAUSCH FÖRDERN

Werte wie Verbundenheit, Anerkennung, menschliche Kommunikation und Austausch sind wichtige Lebensbedürfnisse. Die Politik kann diese zwar nicht direkt schaffen, optimale Rahmenbedingungen dafür können aber bereitgestellt werden, z.B. durch zielgerichtete Vereinsförderungen für die für unser Land so wichtigen Vereine. Die Ehrenamtlichkeit muss weiter gestärkt und ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt werden.

KULTURELLE VIELFALT SICHERN

Kultur ist identitätsstiftend und ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir wollen im Land dafür Sorge tragen, dass Kultur bedarfsgerecht und fair mit den vorhandenen Mitteln gefördert wird.

endlich fairwenden

Endlich nachhaltig denken und handeln!

Wir wollen neben einer politischen Wende auch im Energiebereich eine Wende herbeiführen. Alternative Energien und Wasserkraft müssen ausgebaut und die Umweltbelastung reduziert werden. Landwirte sollen künftig wieder von ihrer Arbeit leben können.

Deshalb fordern wir:

KLARES BEKENNTNIS ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN

Wir wollen einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien forcieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch bessere Förderungsmodelle stärker motiviert werden, auf umweltfreundliche Energien umzusteigen. Tirol muss bis 2035 energieautark sein!

FÖRDERUNG VON SANIERUNGEN

Die größten Energieeinsparungen sind im Eigenheim möglich. Zur Reduktion der Umweltbelastung und gleichzeitigen Senkung der Betriebskosten sollen die bestehenden Förderungen noch ausgebaut werden. Schaffung einer Datenbank für Firmen, die Abfall/Rohstoff zur Verfügung stellen (Holz, Abwärme...)
Es gibt nicht unbeschränkt Rohstoffe, deshalb müssen die vorhandenen Rohstoffe so gut wie möglich verwertet werden. Was einer nicht mehr brauchen kann nutzt vielleicht einem anderen. Erneuern statt wegwerfen!

SCHAFFUNG EINER DATENBANK ZUR ROHSTOFFRÜCKGEWINNUNG

Es soll eine Datenbank angelegt werden, die es Interessenten ermöglicht, Informationen zu erhalten, welche Firmen der Abfallwirtschaft Rohstoffe rückgewinnen. Da es nicht unbeschränkt Ressourcen gibt, müssen die vorhanden so gut wie möglich verwertet und genützt werden. Was jemand nicht mehr verwenden kann, nützt vielleicht einem Anderen. Die Devise muss lauten: erneuern statt wegwerfen!

LANDWIRTE NICHT ZU AUSGLEICHSEMPFÄNGERN DEGRADIEREN SONDERN, LEISTUNGEN FAIR ABGELTEN

Leistung muss sich lohnen und das gilt auch für die Landwirte in unserem Land. Es muss wieder möglich werden, dass Landwirte für ihre Arbeit eine faire Abgeltung bekommen. Öffentliche Einrichtungen und Unternehmen sollen verstärkt als Vorbild tätig werden und auf einen regionalen Einkauf setzen.

BEWUSSTSEINSBILDUNG

Egal ob Stromverbrauch, CO₂-Ausstoß oder Heizen bei offenem Fenster: es gibt viele Möglichkeiten wie wir besser mit Energie und Umwelt umgehen können. Dazu bedarf es meist nur einer geringen Verhaltensänderung, welche viele mittragen würden. Es muss nur kommuniziert werden! Die Summe vieler kleiner Änderungen entfaltet eine große Wirkung. Dazu muss stärker sensibilisiert und die Umwelt als unser gemeinsames Gut begriffen werden.

endlich fairsprechen

Endlich wieder Handschlagqualität in der Politik!

Politik braucht wieder Handschlagqualität! Gegenwärtig herrscht Misstrauen vor. Wir können uns nicht auf getroffene Aussagen, Ankündigungen und Versprechen verlassen. Um Vertrauen zurückzugewinnen, muss die Politik sich erst wieder gegenüber den Menschen beweisen und Verantwortung übernehmen. Versprechen müssen verbindlich werden. Die Menschen dürfen nicht mit Wahlzuckerln manipuliert und mit ständig wechselnden Ansichten verwirrt werden. Wir werden einen offenen, nachvollziehbaren und geraden Weg gehen. Fairsprochen!

Deshalb fordern wir:

SCHLUSS MIT WAHLZUCKERLN UND WERBEGESCHENKEN AUF KOSTEN DER STEUERZAHLER

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht füttern, sondern Steuermittel effizient und bedarfsgerecht verwenden. Wahlzuckerln und Werbegeschenke, die ohnehin vom Steuerzahler finanziert werden müssen, lehnen wir ab.

ENDLICH WIEDER HANDSCHLAGQUALITÄT

Wir werden dafür eintreten, dass Politik und Politiker wieder an Vertrauen gewinnen. Dafür müssen Entscheidungen offen und ehrlich getroffen und Zusagen verbindlich eingehalten werden.

ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN UND DAHINTER STEHEN

Entscheidungen müssen auf Basis objektiver Kriterien gefällt und im Nachhinein von den Verantwortlichen auch vertreten werden. Ein politischer Zickzackkurs aufgrund parteipolitischer Taktik ist strikt abzulehnen.

endlich fairarbeiten

Weil wir noch viele andere Ideen und Schwerpunkte haben!

Falls wir das Vertrauen der Tiroler Bevölkerung erhalten, würden wir gerne die nachfolgenden Schwerpunkte, Ideen, Überlegungen und grundsätzliche Ziele umsetzen und verarbeiten.

Deshalb fordern wir:

Bildung

- Das derzeitige Bildungssystem weiterentwickeln, mit dem Ziel der Erhöhung der Eingangsqualifikationen beim Schuleintritt, die Verbesserung der Grundkompetenzen und die Erhöhung der Durchlässigkeit innerhalb der Bildungssysteme:
 - » ausdrückliche Empfehlung zum Besuch des Kindergartens ab dem 3. Lebensjahr
 - » verpflichtender Kindergartenbesuch ab dem 4. Lebensjahr
 - » ausdrückliche Empfehlung zum Besuch der Sprachstartklasse ab dem 5. Lebensjahr (Unterricht durch ausgebildete Lehrpersonen)
 - » eigentlicher Schuleintritt ab dem 6. Lebensjahr
 - » verstärkter Fachlehreinsatz ab der 3. Schulstufe, mit Schwerpunkt auf Erwerb der Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen)
- Eine Gesamtschule = gemeinsame Schule der 10 bis 14 Jährigen – kann nur mit Erfüllung folgender Rahmenbedingungen realisiert werden:
 - » ein seriöses Umsetzungskonzept erstellen
 - » die Machbarkeit muss mit allen Beteiligten entwickelt werden, einschließlich der Gymnasien; keine Alibiaktionen wie Modellregion Zillertal
 - » zur Erprobung müssen Modellregionen ausgewählt werden, in denen alle betroffenen Ausbildungseinrichtungen angesiedelt sind
 - » ausreichende Ressourcen (Personal, Raum, Ausstattung) müssen, vergleichbar mit Finnland, zur Verfügung gestellt werden
 - » Anpassung der LehrerInnen-Ausbildung und des Dienst- und Besoldungsrechtes
- Bestellung von leitenden Personen in Schulen:
 - » ein Parteibuch darf nicht die Grundlage der Entscheidung sein
 - » ein mehrstufiges Verfahren mit Einbindung eines Assessment-Centers mit externen Experten, wie in Oberösterreich, Steiermark und Wien schon seit Jahren praktiziert, soll eingeführt werden
- Abbau von Parallelstrukturen in der Tiroler Schulverwaltung:
 - » Zusammenlegung der Organisationseinheiten von Land und Landesschulrat

- Stärkung des berufsbildenden Schulwesens, das gemäß der neuesten OECD-Studie international „Spitze“ ist, durch Gleichbehandlung mit Lehrlingsausbildung, Fachhochschulen und Universitäten
- Verkürzung der Sommerferien mit verpflichtender Anwesenheit und Fortbildung der Lehrpersonen in der letzten Ferienwoche bzw. Erledigung von Planungsarbeiten für das bevorstehende Unterrichtsjahr
- Forcierung der Durchlässigkeit und Anrechnung einschlägiger Vorbildung innerhalb der EU, auf allen Bildungsebenen im Sekundar- und Tertiärbereich (Praxis muss sich lohnen!)
- Förderung von Fremdsprachenprojekten
- Aufwertung des Kindergartens – er ist erste Ausbildungsstätte und Früherziehung
- Politische Bildung intensivieren - speziell in der AHS-Unterstufe und verpflichtend wirtschaftliche Grundkompetenzen vermitteln

Jugend

- FAIRjungen: die Jugend muss früher in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, zB bei der Entwicklung von Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten
- Günstige Wohnmöglichkeiten für Studenten schaffen
- Jugendstiftung zur Förderung offener und mobiler Jugendarbeit und für Investitionen errichten
- Jugend muss wieder selbstständig gemacht werden, vom einfachen Erlernen grundlegender Fähigkeiten und Fertigkeiten über selbstständiges Lernen, positiven Bildungszugang, usw.
- Erhöhte Förderung von neuen Wohnformen – „Jugendhäuser“, um den Schritt in die Selbstständigkeit zu ermöglichen
- Kostengünstiges VVT Studenten-Jahresticket einführen

Soziales / Familie

- Valorisierung der Kinderbeihilfe
- Bedarfsgerechte Familienförderungen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen

Sport

- Bewegung und Sport – die Alternative zu Computer und Play Station
- Ausbau der Kooperation Schule – Verein:
 - » Verbreitung vorhandener Modelle von Schul- und Familiensporttagen in allen Bezirken bzw. Regionen
 - » Verbesserung der Zusammenarbeit von Dach- und Fachverbänden, untereinander und mit der Leitung von Landesschulrat und Sportamt
 - » Schau-Sportveranstaltungen mit dem Angebot für mehrwöchige Schnuppermöglichkeiten in den Vereinen des Bezirks bzw. der Region

- Forcierung der Schulskitage und Wintersportwochen
 - » verstärkt schon an Volksschulen
 - » Unterstützung durch die Schulbehörde bei Organisation und in Rechtsfragen
- Generelle Förderung des Breiten- und Gesundheitssports:
 - » Auf- und Ausbau von Kleinkind- und Kinderturnen in allen Orten
 - » verbindliche Durchführung der Bewegungsschulung im Kindergarten
 - » verbindliche Umsetzung der „bewegten Schule“ an den Volksschulen
 - » Einsatz von kompetenten Lehrpersonen im Sportunterricht

Verkehr

- Zusammenfassung der Verkehrspolitik in ein Ressort
- Evaluierung der Prioritäten überregionaler Verkehrsprojekte und stärkere Einforderung der Berücksichtigung der Tiroler Projekte im Generalverkehrsplan
- Bedarfsgerechter Ausbau der ÖPNV und bessere Abstimmung Takt Bus – Bahn
- Überprüfung der objektiven Nachvollziehbarkeit der Nahverkehrsverträge mit dem Bund, speziell im Hinblick auf die finanzielle Gleichbehandlung Tirols mit anderen Bundesländern
- Nachvollziehbare und objektive Kriterien für die Umsetzung von Straßenverkehrsprojekten und Umfahrungsprojekten schaffen
- Entzerrung der morgendlichen Verkehrsströme durch flexiblere Schulstartzeiten in den Zentren/ Zentralräumen
- Prüfung der zu erwartenden verkehrsmäßigen Auswirkungen bei größeren Umwidmungen
- Starke und schnelle Anbindung Tirols an die Drehscheibe Münchner Flughafen, S-Bahn
- Ausbau alternativer Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing, Leihfahrräder, Park & Ride

Naturschutz

- Prüfen, ob nicht die vielen Formen von Schutzgebieten (Naturschutzgebiet, Sonderschutzgebiet, Ruhegebiet, Nationalpark, etc.) zusammengeführt werden können
- Haus der Alpen am Standort Alpenzoo verwirklichen
- Durchforstung der Bewilligungstatbestände im Naturschutzgesetz, insbesondere keine naturschutzrechtliche Genehmigung auf gewidmeten Flächen

Gemeinden

- Nahversorgung massiv unterstützen
- Gemeindekooperationen fördern statt bestrafen; werden derzeit mit 20% besteuert
- Prüfen der Einführung der doppelten Buchhaltung und Prüfvermerk eines Wirtschaftsprüfers bei Pflegeheimen usw.
- Einführung einer Internetbörse auf Gemeindeebene mit Aufgaben, die ältere Menschen erbringen könnten

Wirtschaft, Arbeit, Tourismus

- Ideenwettbewerb für neue An- und Abreisemodelle in Tourismusgebieten, siehe programmierte Staus im Zillertal am Wochenende
- Überarbeitung des Tourismusgesetzes (Wahlrecht, Strukturen; Demokratisierung, Abschaffung von Vollmachten)
- Stärkung der Tiroler KMU und Familienbetriebe
- Förderung von lebenslangem Lernen als Arbeitsplatzgarantie
- Auskommen mit dem Einkommen muss möglich sein
- Überbetriebliche Forschung forcieren
- Hohe Lehrlingsquote
- Beschäftigungsprojekte für Jugendliche

Agrarwirtschaft

- Faire Abgeltung für Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe
- Nachhaltige Bewirtschaftung gesunder Böden und Almen sichern
- Anreize für ökologische Produktion (Bio-Öpul), Gentechnikfreiheit
- Überregionale Kooperationen (Vermarktung/ Vertrieb) mit Vorarlberg, Salzburg, Bayern prüfen
- Förderungen und Investitionen für die Produktion und Vermarktung qualitativ hochwertige Tiroler Produkte für die Bevölkerung
- Verstärkte Holznutzung / Forcieren von Holz in der Bauwirtschaft
- Faire Preise für ökologisch produzierte Lebensmittel; dadurch besseres Grundwasser, fruchtbarere Böden, artgerecht gehaltene Nutztiere und gepflegte, lebenswerte Kulturlandschaft
- Schnellere und unbürokratischere Erhebung der Almflächen durch die AMA; praxisbezogene Regelungen, die auch nachvollziehbar sind und dem tatsächlichen Weidebetrieb entsprechen

Gesundheit

- Abstimmung zwischen den einzelnen Krankenhäusern verbessern, ambulante Betreuung statt stationärem Aufenthalt forcieren
- Hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum stärken, keine Ausdünnung der Gesundheitsvorsorge zulassen
- Zusammenarbeitsvertrag mit der Medizin-Uni finalisieren
- Klinischen Mehraufwand auf Basis der fachlichen Berechnungen festlegen
- Hohes Augenmerk auf Prävention legen
- Verbesserung der Situation der zwischenstaatlichen Abrechnung im Gesundheitsbereich

Pflege

- Umsetzung eines Gesamtentwicklungsplanes für die Pflege gemeinsam mit den Gemeinden (mobil, stationär, Zusammenarbeit mit Sprengeln...)
- Vereinheitlichung der Kalkulations- und Abrechnungsgrundlage für die Errichtung und den Betrieb von Pflegeheimen
- Vereinheitlichung der Tagessätze nach objektiven Kriterien
- Förderung für Gemeinden, die Tagesambulanzen anbieten

Rettungswesen

- Einführung einer Strafbestimmung bei Behinderung der ersten Hilfeleistung und Angriffen auf das Personal
- Car-PC im Rettungseinsatz umsetzen, um Kostenabrechnung zu vereinfachen
- Wartezeiten bei Krankentransporten verkürzen

Wohnen

- Vorzeitige begünstigte Rückzahlung von WBF-Darlehen ermöglichen
- Bei Eigenbedarf gesetzliche Bebauungspflicht bei Baulanderwerb von derzeit 5 auf 10 Jahre anheben
- Unterstützung bei Wohnraumschaffung für Familien

Kultur

- Offenheit im Kulturbereich für alle Facetten der Kultur (vom Brauchtum und der Volkskunst bis zur sogenannten Hochkultur, neuen Medien und alternativen Kulturinitiativen)
- Kulturerbe (Ortsbilder, herausragende Einzeldenkmäler, Kulturlandschaft) bewahren
- Obsorge für die nötige Infrastruktur, zB Haus der Musik, tragen
- Objektive und nachvollziehbare Kriterien für die Kulturförderung
- Forcierung der Theaterpädagogik im Jugendbereich und an Schulen
- Mehrjährige Fördervereinbarungen mit Kulturinitiativen abschließen

Sicherheit

- Regionale Sicherheitsstrukturen erhalten/ausbauen
- Wildbach- und Lawinverbauung jedenfalls dezentral, d.h. bezirksweise, erhalten

Wasser / Energie

- Tiroler Wasservorkommen schützen (vor Privatisierungen, durch Schaffung von Schutz- und Schongebieten...)
- Ausgleichsmaßnahmen für betroffene Kraftwerksgemeinden transparent und nachvollziehbar regeln
- Effizienzsteigerungsprogramm für bestehende Wasserkraftanlagen erarbeiten
- Gesamtwirtschaftliche Energiekonzepte regional erstellen und abstimmen – Synergien prüfen/ nutzen für Nachbarregionen
- Kriterienkatalog für Windkraftanlagen erstellen

Verwaltung

- Veröffentlichung aller Weisungen in der Landesverwaltung
- Flexible Dienstzuweisungen in den Abteilungen des Landes, um Akten mit langer Erledigungszeit abzubauen zu können
- Föderalismus überall dort, wo es sinnvoll ist, aber nicht aus Prinzip (zB Jugendschutz)
- Landesweite Datenbank für Gewerbe- und Industriegebiete erstellen (Niederlassung von Betrieben ermöglichen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern)
- Prüfung der fachlichen Zusammenführung der Ombudsstellen des Landes (Behindertenanwalt, Patientenanwalt, Landesumweltanwalt,...)
- Veröffentlichung der Einladungen in die Landesjagd im Internet
- Innerbetriebliches Vorschlags- und Verbesserungsmanagement im Land und in landesnahen Unternehmen
- Raumordnungsvorsorge für Industrie/Gewerbe mit größerem Flächenbedarf treffen
- Grundverkehrsgesetz aufheben und die verbleibenden Ziele in das Raumordnungsgesetz integrieren (ordnungsgemäße Bewirtschaftung, Großgrundbesitz, Freizeitwohnsitze) und zukünftig keine Sonderbestimmungen wie das Interessentenmodell für Landwirte gewähren
- Vertragsraumordnung: fixe Vorgaben des Landes ab einer bestimmten Umwidmungsfläche (alle Bürger sollen nach objektiven Kriterien behandelt werden)
- Gemeinnützige Bauträger verpflichten, behinderten- und altersgerecht zu bauen



vorwärts Tirol

Valiergasse 15 | 6020 Innsbruck

Telefon: +43 (0) 512/32 79 79 0

E-Mail: info@vorwaerts-tirol.at

www.vorwaerts-tirol.at